

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

für uns FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag ist es ein großer Erfolg: Nach dem **Lobbyregistergesetz** bringen wir mit der **Modernisierung des Abgeordnetenrechts** die zweite Hälfte unseres **umfassenden Transparenzpakets und damit eine weitere langjährige Forderung zur Umsetzung**. Worauf wir in der Opposition schon lange hingearbeitet haben, können wir jetzt in Regierungsverantwortung umsetzen.



Mit dem Entwurf des **Abgeordnetengesetzes**, das am 24. Juni auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit unserem Koalitionspartner vorgestellt wurde, erklimmen wir die zweite Stufe unserer Transparenzoffensive. Das ist ein wichtiger Schritt, um durch die jüngsten Skandale verlorengegangenes Vertrauen in die Politik wiederherzustellen und unsere Demokratie zu schützen. **Allerdings bedeutet unser Gesetzentwurf nicht, dass wir Abgeordnete unter Generalverdacht stellen – denn die Abgeordneten arbeiten ehrenwert und mit großem Einsatz für den Freistaat Bayern.** Die jüngsten Skandale haben uns aber gezeigt, an welchen Stellschrauben wir im Abgeordnetenrecht noch drehen müssen, um

insbesondere schwarzen Schafen das Handwerk zu legen. Genau dort setzen die vorliegenden Änderungen an: **Klare Regeln für Geschäfte mit dem Staat, Tätigkeitsverbote in kritischen Bereichen und Offenlegung von Nebeneinkünften vom ersten Euro an sorgen für größtmögliche Transparenz.** Auch im **Bayerischen Ministergesetz konnten wir eine Karenzzeit für den Wechsel vom Ministeramt in die Wirtschaft einführen,** um Interessenskonflikte zu vermeiden.

Beim Bund haben wir uns zudem für eine grundlegende **Überarbeitung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung** stark gemacht. Denn eines muss auch ganz klar sein: Wer sein Mandat bewusst für windige Geschäfte und für unlautere wirtschaftliche Vorteile ausnutzt und damit unserer Demokratie Schaden zufügt, muss auch künftig mit empfindlichen Strafen rechnen.

Als erster Schritt unseres Transparenzpakets wurde am 24. Juni im Plenum des Landtags das von den Regierungsfractionen initiierte Bayerische Lobbyregistergesetz einstimmig in zweiter Lesung verabschiedet. Das Gesetz soll am 01.01.2022 in Kraft treten. Es sieht eine **Registrierungspflicht für Lobbyarbeit gegenüber Landtag und Staatsregierung vor und geht durch den legislativen und exekutiven Fußabdruck weit über die vom Bund beschlossenen Regelungen hinaus.**

👉 Hier können Sie sich die [Pressekonferenz zum neuen Abgeordnetengesetz](#) ansehen.

Für welche vielfältigen Themen wir uns in dieser ereignisreichen Woche weiterhin eingesetzt haben, lesen Sie in unserem Wochenrückblick.

R ü c k b l i c k

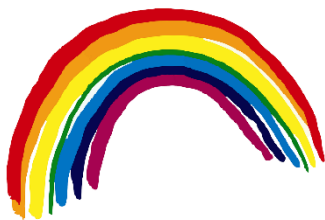
Zügiger Ausbau der bayerischen Wasserstoffinfrastruktur

Wasserstoff ist der Schlüssel zur klimaneutralen Energie: Mit einem Dringlichkeitsantrag forderten wir **die Staatsregierung am Donnerstag im Plenum auf, sich für strategische Partnerschaften mit Ländern, in denen erneuerbare Energien in ausreichender Menge zur Verfügung stehen, sowie den Aufbau von Importstrukturen nach Deutschland einzusetzen.** Die Herstellung von klimaneutralem

Wasserstoff kann nicht allein aus heimischer Erzeugung erfolgen. Daher ist für die bayerische Industrie der zügige Ausbau der Infrastruktur von zentraler Bedeutung. Große Potenziale zur Erzeugung



von klimafreundlichem Wasserstoff besteht in sonnen- und windreichen Ländern. **Für eine ausreichende, langfristige und stabile Versorgung unserer bayerischen Wirtschaft sind internationale Kooperationen und Partnerschaften erforderlich.** Nur auf diese Weise sind Gewinnung und Transport gewährleistet. Derzeit gibt es in Deutschland allerdings noch keine allgemeine Verteilungsinfrastruktur. Damit die bayerischen Standorte der chemischen Industrie langfristig wettbewerbsfähig bleiben, ist deren zügige Erschließung allerdings dringend notwendig. Gerade Klimaschutz bildet dabei eine der zentralen Herausforderungen für die Gestaltung der Zukunft. Bayern ist Hightech-Standort, an dem richtungsweisende Technologien für einen nachhaltigen Klimaschutz entwickelt werden. **Insbesondere im Bereich Wasserstoff und Energiespeicher der Zukunft sowie der Innovationsdynamik der bayerischen Industrie können in diesem Zusammenhang neue Möglichkeiten generiert und der Klimaschutz weltweit effizient vorangetrieben werden.**



Regenbogenflagge am Bayerischen Landtag: SPD-Fraktionsvorsitzender verzerrt Faktenlage

Das Bayerns Landtag am EM-Spieltag nicht die Regenbogenflagge gehisst hat, bedauern wir sehr. Die Äußerung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Von Brunn in diesem Zusammenhang widerspricht aber in ihrem Wahrheits- und Toleranzverständnis dem Sinn der Regenbogenfahne enorm. Wie richtigerweise über die dpa mitgeteilt wurde, bedauern wir, dass die Fahne nicht im Wind wehen konnte. **Die Darstellung von Brunns, der in einer Pressemitteilung fälschlicherweise behauptet hatte, wir hätten gegen eine Beflaggung gestimmt, verzerrt auf unseriöse Weise die Faktenlage. Wir haben ihn deshalb direkt aufgefordert, wieder zu einer seriösen Politik zurückzufinden.**

Landwirtschaft bei Transformationsprozessen unterstützen

Landwirtschaftliche Betriebe sind in Bayern ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Doch Bayerns Landwirte stehen vor immer größeren Herausforderungen – bei stetig steigenden Anforderungen. Sie müssen nicht nur auf zunehmende Extremwetterlagen, wachsende Auflagen zum Tierwohl und Artenschutz sowie sich verändernde Konsumentenbedürfnisse reagieren, sondern auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie schultern. Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion haben uns deshalb mittels Dringlichkeitsantrag am Donnerstag im Plenum für eine **starke, innovative, ökologisch und ökonomisch zukunftsfeste Landwirtschaft in Bayern** eingesetzt – und unterstützen dadurch Landwirte bei den anstehenden Transformationsprozessen. Um insbesondere Familienbetriebe auch in Zukunft zu erhalten, haben wir die Staatsregierung aufgefordert zu überprüfen, wie trotz der sich ändernden Rahmenbedingungen eine langfristige Planungssicherheit für landwirtschaftliche Betriebe erzielt werden kann. Konkret haben die FREIEN WÄHLER die Staatsregierung beauftragt, die grundlegenden Bereiche Stallbau, Dünge- und Ausbautechniken, Emissionsschutz, Haltungsformen, Tierwohlaufgaben sowie bürokratische Hürden unter die Lupe zu nehmen.

Klar ist bereits jetzt: **Die Herausforderungen des Tier-, Arten-, Klima-, Umwelt- und Bodenschutzes sowie der Sicherung der Lebensmittelproduktion lassen sich nicht durch Verbote und Auflagen bewältigen. Notwendig sind machbare Lösungen entlang des technischen Fortschrittes!**

Umfangreiche Unterstützung für Kinder und Jugendliche – jetzt!

Die Aktuelle Stunde im Plenum des Bayerischen Landtags hat diese Woche diejenigen in den Fokus gestellt, die in der Pandemie ganz besonders betroffen waren: **unsere Kinder und Jugendlichen – die Heldinnen und Helden dieser Pandemie. Ihnen müssen wir ganz besonders danken, denn sie**



haben viel ertragen, um andere zu schützen. Umso wichtiger ist es, ihnen jetzt Perspektiven zu geben. Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion sehen nach der Corona-Krise eine große Chance: Gemeinsam

machen wir 2021 zu einem Jahr der Jugend in Bayern. Deshalb wollen wir jungen Menschen neue, leuchtende Perspektiven geben und den Weg zurück ins Normale ebnen. Das Virus hat dazu geführt, dass viele Schülerinnen und Schüler in Bayern seit Dezember 2020 nur in sehr eingeschränkter Form am Präsenzunterricht teilnehmen konnten. **Ein umfangreiches Förderprogramm unterstützt sie dabei, möglicherweise entstandene Lernlücken zu schließen sowie mehr Zeit fürs Ich und fürs Wir in der Schule zu garantieren. Angebote zur individuellen Förderung an bayerischen Schulen werden deutlich ausgebaut.** So gleichen wir Corona-bedingte Nachteile vieler Schülerinnen und Schüler aus. Denn das Versprechen von uns FREIEN WÄHLERN im Bayerischen Landtag lautet: **Wir lassen in dieser Krise kein Kind und keinen Jugendlichen im Freistaat im Stich! Wir setzen uns im Bayerischen Landtag seit Beginn der Pandemie dafür ein, den Auswirkungen der Corona-Krise auf Kinder und Jugendliche möglichst umfassend entgegenzuwirken.**

Mutter-Vater-Kind-Kuren stärken und fördern

Die Antragszahlen im Bereich der Kinder- und Jugendrehabilitation sind stark rückläufig. Ursache dafür ist vor allem die Corona-Pandemie, die zu einer erheblichen Verunsicherung der Eltern geführt hat, wodurch weniger Kuren angefragt werden. Dass Kliniken derzeit noch gut belegt sind, ist vor allem dem Vorlauf aus dem vergangenen Jahr geschuldet. Doch Verbände wie die Katholische Jugendfürsorge beklagen bereits einen **Rückgang der Kostenzusagen um mehr als 71 Prozent im Vergleich zu einem Vor-Pandemie-Jahr.** Dies kann künftig zu großen finanziellen Schwierigkeiten für die Kliniken führen. Mit unserem **Antrag zur Stärkung von Mutter-Vater-Kind-Kuren** im Ausschuss für Gesundheit und Pflege am 23. Juni setzen wir uns deshalb für die **Ausweitung der Kuren** sowie die **Erhöhung des Rettungsschirms von 50 auf 60 Prozent** ein.

Ausbau der Reha-Angebote für Kinder und Jugendliche



Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege verhandelte außerdem am Mittwoch unseren Antrag zur Stärkung von Kindern während der Pandemie: „**Kinder während der Corona-Pandemie stärken III: Auswirkungen der Corona-Pandemie auf**

Kinder und Jugendliche frühzeitig entgegenwirken – Ausbau der

Reha-Angebote". Die Corona-Pandemie trifft Kinder und Jugendliche in besonderem Maße. Glücklicherweise zeigen sie weniger häufig schwere Symptome als Erwachsene. Das bedeutet jedoch nicht zwingend, dass keine Spätfolgen in Form des Long-Covid-Syndroms auftreten können. **Wir machen uns daher im Bayerischen Landtag für eine angemessene Berücksichtigung der Corona-Auswirkungen speziell auf Heranwachsende stark.** Mit einem Ausbau der Reha-Angebote müssen auch geeignete Behandlungsmaßnahmen in bayerische Rehabilitationsprogramme aufgenommen und auf diese Weise die Genesung und Nachsorge junger Patientinnen und Patienten gestärkt werden. Insofern ist es das richtige Signal, dass das Kabinett beschlossen hat, **fünf Millionen Euro für die Förderung innovativer, multidisziplinärer Versorgungskonzepte zum Post-Covid-Syndrom zur Verfügung zu stellen.** Den speziellen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen nach einer überstandenen Erkrankung ist Rechnung zu tragen – dafür setzen wir FREIE WÄHLER uns im Bayerischen Landtag ein!

Polizeiaufgabengesetz: wirkungsvoll, anwenderfreundlich und rechtssicher!

Nach einer Expertenanhörung zu den geplanten Änderungen am Polizeiaufgabengesetz (PAG) haben wir uns mit unserem Koalitionspartner auf Präzisierungen geeinigt. Die entsprechenden Änderungsanträge wurden am 23. Juni im Innenausschuss des Bayerischen Landtags beschlossen. Das Änderungsgesetz zum PAG soll nun nach der Behandlung im Verfassungsausschuss und der zweiten Lesung Mitte Juli in Kraft treten. Ziel ist es, moderne Polizeiarbeit zu ermöglichen, Missverständnisse auszuräumen und so den Rechtsschutz bestmöglich zu gewährleisten. Konkret umgesetzt wird das unter anderem durch:

- Bestellung eines **Rechtsanwalts von Amts wegen noch vor** – und nicht wie bisher vorgesehen mit – **der Richterentscheidung** über die Verlängerung des Gewahrsams
- **Entnahme von DNA-Material nur mit schriftlicher Einwilligung des Betroffenen oder auf**



richterliche Anordnung; anschließende DNA-Analysen nur mit richterlicher Anordnung

- Zuverlässigkeitsüberprüfung: Bei Anlässen, die mit **erheblichen Sicherheitsrisiken verbunden sind, kann die Polizei personenbezogene Daten nur mit Einwilligung dieser Person bei öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen erheben, übermitteln und verarbeiten**

Uns FREIEN WÄHLERN im Bayerischen Landtag ist es wichtig, dass freiheitliche Grundrechte und die Gewährleistung objektiver Sicherheit in Einklang stehen. **Unser Ziel ist es, die Rechte der Bürgerinnen und Bürger sowie ihr Vertrauen in unsere Bayerische Polizei zu stärken.**

Schaffung von bezahlbarem Wohnraum: Staat und Kommunen in der Pflicht

Am 22. Juni gab es eine Expertenanhörung im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr zum Thema „**Bayerische Wohnungsbaugesellschaften und Immobilien Freistaat Bayern**“. Für uns steht fest: **Wohnraum muss günstig und Mieten bezahlbar sein.** Doch in den vergangenen Jahren sind in den Ballungsräumen nicht nur die Bau- sowie Baunebenkosten gestiegen, sondern



insbesondere auch die Grundstückspreise. Die Folge: Private Investoren müssen immer höhere Mieten veranschlagen, um ihre Ausgaben zu amortisieren. **Deshalb sind der Freistaat und die Kommunen in besonderem Maße gefordert, wenn es um die Bereitstellung von Bauland zur Errichtung von bezahlbaren Mietwohnungen geht.** Wichtig ist aber auch, das kommunale Wohnraumförderprogramm weiterzuentwickeln und an die aktuellen Begebenheiten anzupassen. Konkret wollen wir, **dass für alle Akteure am Markt endlich gleiche Rahmenbedingungen bei der Errichtung von gefördertem Wohnraum gelten.**

Blickpunkt B@yern – Asyl, Ausbildung, Arbeit

Die Corona-Pandemie hat die ohnehin schwierige Arbeitsmarktsituation für Geflüchtete weiter verschärft: **Keine andere Gruppe ist am**

Arbeitsmarkt härter von den Folgen der Wirtschaftskrise betroffen. Integration gelingt jedoch am besten mit einer guten Perspektive auf Ausbildung und Arbeit. Doch Handwerksbetriebe und Unternehmen in Produktion und Handel klagen über die rechtlichen und praktischen Stolpersteine auf dem Weg, gut motivierte Menschen mit Fluchthintergrund auszubilden und zu integrieren. Dabei bieten **Flüchtlinge vielfältige Potentiale für unseren Arbeitsmarkt**, auch im Hinblick auf einen in immer mehr Branchen und Regionen absehbaren Fachkräftemangel sowie den demografischen Wandel.

Am 25. Juni um 19:30 Uhr diskutieren über Stolpersteine auf dem Weg zur Integration:



- **MdL Alexander Hold**, Landtagsvizepräsident und Sprecher für Asyl und Integration der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
- **Indra Baier-Müller**, Landrätin des Landkreises Oberallgäu (FREIE WÄHLER)
- **Josefine Steiger**, Regionalkoordinatorin für das bundesweite Projekt VerA des Senior Experten Service (SES)
- Moderation: **Sylvia Schneider**, Fernsehmoderatorin und Buchautorin.

Schalten Sie ein:

- 👉 **Freitag, 25. Juni 2021, 19.30 Uhr**
- 👉 Verfolgen Sie die Sendung auf [YouTube](#)!

Sendung verpasst? Mit einem Klick können Sie sie sich ansehen: [YouTube](#).

5 Prozent im 17:30 SAT.1 Bayern Wählercheck

Fünf Prozent der bayerischen Wähler würden unsere pragmatische Sachpolitik in der Bayerischen Landespolitik gerne auch in Berlin sehen – ein echter Vertrauensbeweis für unsere Arbeit als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion. **Vielen Dank dafür!**



Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien ein schönes Wochenende und bitte bleiben Sie gesund!

IHR #TEAMFRIEDL



**Impressum Büro Hans Friedl MdL, Am Weinberg 26b, 82239 Alling
Pucherstr.7, 82256 Fürstenfeldbruck**